

Zweifel an der deutschen Föderalismusreform

pra. Prominente Altpolitiker in Deutschland zeigen sich besorgt, dass die laufende Reform der föderalen Staatsordnung scheitern könnte. Zwar wurde im letzten Jahr die Neuordnung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern abgeschlossen. Doch der zweite Teil der Reform, die Neuorganisation der Finanzbeziehungen, scheint viel zu kurz zu greifen. Damit würden nach Auffassung der Politiker die Ziele der gesamten Reform, der Ausbau von Gestaltungsfähigkeit und Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften, verfehlt werden. Die früheren Spitzenpolitiker fordern einen deutlichen Ausbau der heute praktisch inexistenten Finanzautonomie der Länder sowie die Einschränkung des sehr weitgehenden Finanzausgleichs.

Wirtschaft Seite 9

Deutsche Föderalismusreform greift zu kurz

Überparteiliches Gremium fordert Finanzautonomie und Wettbewerb

pra. Berlin, 30. August

Eigentlich ist die grosse Koalition in Deutschland daran, die folgenreichste Reform der Staatsorganisation seit Jahrzehnten voranzutreiben. Vor einem Jahr wurden die Kompetenzen und Aufgaben zwischen Bund und Ländern neu verteilt. Das Ziel lautete, mehr Eigeninitiativen und weniger gegenseitige Blockaden im Gesetzgebungsprozess zu ermöglichen. Nun ist eine zweite Kommission von Bund und Ländern mit der noch anspruchsvolleren Aufgabe beschäftigt, eine Neuordnung der komplexen und vielfach verwobenen Finanzbeziehungen vorzuschlagen. Auch hier müsste das Ziel lauten, mehr Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung zu schaffen. Doch die Finanzpolitiker haben den Rahmen bereits frühzeitig auf blosser Fragen der Schuldenbegrenzung der Länder eingeeengt und scheinen damit wesentliche Voraussetzungen für einen funktionierenden Föderalismus – Finanzautonomie, Steuerwettbewerb und eine Begrenzung des Finanzausgleichs – einmal mehr auszuklammern.

Lange Forderungliste

Diese Sorge hat der Konvent für Deutschland, eine überparteiliche Vereinigung von prominenten Altpolitikern, am Donnerstag in Berlin geäussert. Der Konvent forderte in einem Katalog mit 13 Punkten unter anderem die Abschaffung des horizontalen Finanzausgleichs, die volle Regelungskompetenz der Länder über eigene Steuern sowie länderspezifische Zuschläge auf der gemeinsam mit dem Bund erhobenen Einkommens- und Körperschaftsteuer statt der bisherigen zentralen Verteilung. Dadurch würden die Länder erheblich an Finanzautonomie und Verantwortlichkeit gewinnen, die heute praktisch völlig fehlen.

Nur so könnten, wie Alt-Bundespräsident Roman Herzog (CDU) betonte, die Bundesländer ihre Aufgaben, welche durch den ersten Teil der Föderalismusreform ausgeweitet worden

Nachtragshaushalt für Kinderkrippen

pra. Weil Berlin den Ländern vorschreiben will, wie viele Krippenplätze für Kleinkinder sie schaffen sollen, dafür aber keine Kompetenz hat, muss es deren Einverständnis durch Finanzierungszuschüsse erkaufen. Das ist nach der letzten Föderalismusreform nicht vorgesehen, weshalb eine spezielle Finanzierungsstruktur über die Schaffung eines staatlichen Sondervermögens gewählt wird. Dorthin sollen in diesem Jahr gut 2 Mrd. € überwiesen werden, woraus in den folgenden Jahren Investitionszuschüsse an Krippenplätze in den Kommunen geleistet werden. Das Finanzministerium in Berlin hat am Donnerstag angekündigt, dafür werde im November eigens ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden.

waren, effektiv wahrnehmen. Der frühere Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) meinte warnend, ohne die Schaffung eines vitalen wettbewerblichen Finanzföderalismus werde die ganze Reform scheitern. Als Beispiel nannte er die soeben in dieser Woche von der Koalition beschlossene Mitfinanzierung von Kinderkrippen durch den Bund, obschon die Zuständigkeit für alle Bildungsfragen mit der Reform vom letzten Jahr eindeutig den Ländern zugewiesen worden war. Da jene aber nicht gleichzeitig die nötigen Finanzmittel erhielten, werde einmal mehr eine verfassungspolitisch höchst fragwürdige Mischfinanzierung gewählt.

Die USA und die Schweiz als Vorbilder

Der frühere Bürgermeister von Hamburg, Klaus Dohnanyi (SPD) meinte, die Frage der effizienten und wirksamen Organisation des Bundesstaates werde unterschätzt. Er nannte die Schweiz und die USA als Beispiele und Vorbilder eines funktionierenden Föderalismus und räumte ein, dass eine entsprechende Tradition in Deutschland fehle. Dass sich diese durch eine blosse Verfassungsänderung gleichsam nachholen liesse, ist allerdings eine vage und bestenfalls sehr langfristige zu realisierende Hoffnung. Gerade das Beispiel der Kinderkrippen zeigt, dass sich Dezentralisierung und Subsidiarität ohne entsprechenden Druck von der Wählerbasis, welche in Deutschland für den Föderalismus eher wenig Interesse und Verständnis zeigt, schwer durchsetzen lassen.